

Die Situation in Nicaragua:

Nicaragua war nach der Vertreibung des Diktators Somoza 1979 für viele Jahre eine Gesellschaft, auf die emanzipatorische Bewegungen weltweit Hoffnungen setzten. Die Frente Sandinista de Liberación Nacional wollte nach der antikolonialen Philosophie des Unabhängigkeitskämpfers Sandino (1895 – 1934) einen sozialen Staat aufbauen. Nachdem ab 1990 bürgerlich-liberale Kräfte das Land regiert hatten, kam 2007 die FSLN mit Präsident Daniel Ortega wieder an die Macht.

Seit massiven Protesten der Bevölkerung u.a. gegen Änderungen der Sozialversicherungsgesetze im Jahr 2018 wandelte sich die Ortega Regierung zu einem extrem repressiven Regime.

Die Aufstände von 2018 wurden brutal niedergeschlagen. Die Opfer:

Über 300 Tote, 600 politische Gefangene, mehr als 100 000 Menschen im Exil.

Seither verschärft die Regierung von Daniel Ortega und seiner Ehefrau Vize Präsidentin Murillo kontinuierlich die Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition.



Heute sind in Nicaragua wesentliche Menschen- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt:

MEINUNGSFREIHEIT

In Nicaragua kann kein Mensch mehr frei reden, oder Texte veröffentlichen. Es existiert ein dichtes System der Bespitzelung in den Stadtteilen durch Partei Mitglieder der FSLN, die ihre Nachbarn aushorchen und Vorkommnisse melden.

ELIMINIERT

PRESSEFREIHEIT

Es gibt keinerlei oppositionellen Zeitungen, Radios oder Fernsehsender mehr. Die größten Tageszeitungen wurden eingestellt oder konfisziert (La Prensa 2021). Seit 2007 wurden sukzessive die wichtigsten Fernsehsender von der Familie des Diktators Ortega aufgekauft. Im Jahr 2022 wurden fast allen katholischen Radiosendern die Lizenz aberkannt. Vielen anderen oppositionellen Radios war sie zuvor schon entzogen worden.

NICHT
EXISTENT

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Seit 2019 ist es für nicht regierungstreue Gruppen nicht mehr möglich Versammlungen durchzuführen. Auch noch so kleine Kundgebungen werden überwacht, von Polizei umstellt und „aufgelöst“. Teilnehmende werden verhaftet.

VERBOTEN

DEMONSTRATIONSFREIHEIT

2019 wurde vom Ortega Murillo Regime ein Verbot von Demonstrationen ausgesprochen, nachdem für ein halbes Jahr, seit Beginn des Aufstandes fast täglich große Demos gegen die Regierung stattfanden. Auch das STREIKRECHT wurde aufgehoben.

VERBOTEN

ORGANISATIONSFREIHEIT

Nicaragua hatte eine vielfältige und aktive Zivilgesellschaft mit mehr als 5000 Vereinen, Stiftungen, etc., die v.a. die armen Bevölkerungsschichten mit ihren Projekten unterstützte. Seit 2020 wurden mehr als 3300 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vom Ortega Murillo Regime verboten. Drei Parteien wurden im Wahlkampf 2021 verboten. Die noch existierenden NGOs erhalten Zahlungen aus dem Ausland nur noch, wenn sie sich den komplizierten Vorschriften für „Ausländische Agenten“ unterziehen.

ENTZOGEN
und
ERSCHWERT

REISEFREIHEIT

Staatsangestellte (Lehrer:innen, Angestellte der Institutionen, Ministerien etc.) müssen sich Reisen ins Ausland (auch privat) vorab genehmigen lassen. Personen auf wichtigen Posten wird präventiv der Pass entzogen.

STARK
LIMITIERT und
BEDROHT

RECHT AUF EINEN FAIREN PROZESS

Im Rahmen der Verhaftungen von Oppositionellen wurde das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren nicht gewährleistet. Verhaftung ohne Haftbefehl, wochenlange Unklarheit über den Verbleib von Verhafteten, Folter bei Verhören, erfundene Anklagen, Ausschluss der Verteidigung, etc. sind dagegen an der Tagesordnung. Selbst einer Menschenrechtskommission der UNO wurde 2018 keinerlei Einblick in Prozessakten gewährt.

GIBT ES
NICHT

RECHT AUF STAATSANGEHÖRIGKEIT

Schon seit Jahren wurde vielen im Exil in Costa Rica oder Spanien lebenden Nicaraguaner:innen die Ausstellung eines neuen Passes von den Botschaften verweigert. Nach der Abschiebung von 222 politischen Gefangenen (seit 2021 in Haft) in die USA wurde ihnen und 94 weiteren Oppositionellen im Exil die nicaraguanische Staatsbürgerschaft entzogen.

NICHT
GARANTIIERT

RECHT AUF EIGENTUM

Schon beim Verbot der 3300 NGOs wurde das Eigentum von vielen dieser Organisationen ohne jedwede rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten konfisziert. Nach dem Entzug der Nationalität der 316 Personen aus der Opposition wurde umgehend die Konfiszierung ihres Eigentums vom Regime angeordnet und vollzogen. Viele Unternehmen im Land beugen sich ungerechten Steuer- und Kontrollsystemen in der Wirtschaft, um nicht enteignet zu werden.

NICHT
GARANTIIERT

RELIGIONSFREIHEIT

Seit 2020 hat die Repression gegen die katholische Kirche massiv zugenommen. 2022 wurde Bischof Alvarez aus Matagalpa und weitere Priester festgenommen. Da der Bischof die Abschiebung in die USA nicht akzeptierte, wurde er zu 26 Jahren verurteilt. Bis Februar 2024 wurden er, 1 weiterer Bischof und 29 Priester -mit Zustimmung des Vatikans- an diesen ausgewiesen. Seit 2023 sind religiöse Prozessionen zu kirchlichen Anlässen, wie Ostern, verboten. Katholischen Radiosendern wurde die Lizenz entzogen und Gottesdienste werden umzingelt.

NICHT MEHR
GEGEBEN

Diese Aufzählung könnte man weiter fortsetzen.

Wenn man nur einigen ein RECHT entzieht, so wirkt dies auch auf alle anderen als Bedrohung.

Die nicaraguanische Bevölkerung lebt in ihrem Land wie in einem Gefängnis, in dem die Menschen nicht einmal frei miteinander reden können. Man muss immer genau wissen, mit WEM man über was redet. Erneute Aufstände würden sicherlich von der brutalen Polizei und dem Heer blutig niedergeschlagen.

INTERNATIONAL ist das Ortega Murillo Regime isoliert.

USA und EU haben gegen viele Vertreter:innen des Regimes Sanktionen ausgesprochen. Die Group of Human Rights Experts on Nicaragua des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen hat dieser Regierung Vergehen gegen die Menschlichkeit attestiert und fordert ihre Mitgliedsnationen auf Klagen gegen Ortega und Murillo beim internationalen Gerichtshof anzustrengen.

Die Alliierten des Regimes sind ebensolche Diktaturen wie Iran, Nord Korea, Russland, VR China.

Wirtschaftlich verhält sich die Ortega Regierung nach den Maßgaben des IWF und erhält leider immer noch Kredite der großen internationalen Banken, wie BCIE, IWF und auch von der deutschen KfW